Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/4783

22. 04. 93

Sachgebiet 751

Antrag

der Abgeordneten Dr. Klaus Kübler, Friedhelm Julius Beucher, Siegrun Klemmer, Dietmar Schütz, Brigitte Adler, Hermann Bachmaier, Holger Bartsch, Hans Berger, Lieselott Blunck (Uetersen), Dr. Ulrich Böhme (Unna), Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Peter Conradi, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Norbert Formanski, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Dr. Fritz Gautier, Dr. Liesel Hartenstein, Renate Jäger, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Horst Kubatschka, Robert Leidinger, Klaus Lennartz, Dr. Dietmar Matterne, Ulrike Mehl, Christian Müller (Zittau), Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Manfred Reimann, Peter W. Reuschenbach, Dr. Hermann Scheer, Otto Schily, Karl-Heinz Schröter, Ernst Schwanhold, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Hans Georg Wagner, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Hilfen zur Stillegung der RBMK-Reaktoren in Rußland, der Ukraine und Litauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die RBMK-Reaktoren in Rußland, der Ukraine und Litauen sind sicherheitstechnisch in einem für Mensch und Umwelt lebensbedrohlichen Zustand. Angesichts der schon zur Routine werdenden Störmeldungen und immer neuer, alarmierender Berichte über den Zustand der Atomwirtschaft und vor dem Hintergrund der vielfältigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist die Frage der Entschärfung dieser „tickenden atomaren Zeitbomben" eine zentrale Sicherheitsfrage auch für Mittel- und Westeuropa.

Die Haltung der politisch, administrativ, wissenschaftlich und technisch Verantwortlichen auf dem Kernenergiesektor in der GUS wird immer beunruhigender. In der Russischen Föderation gewinnen diejenigen Stimmen an Gewicht, die die Reaktoren des Tschernobyl-Typs mit geringfügigen „Nachbesserungen" auf Dauer weiterbetreiben wollen, obwohl nach einhelliger Auffassung deutscher und internationaler Wissenschaftler der Weiterbetrieb dieser Kernkraftwerke unter wirtschaftlichen, politischen, technischen und ökologischen Gesichtspunkten unverantwortlich ist.

Auch der Beschluß des ukrainischen Parlaments, die Reaktoren von Tschernobyl Ende 1993 endgültig abzuschalten und dauerhaft stillzulegen, ist keineswegs gesichert. Die Wiederinbetriebnahme der Blöcke zwei und drei von Tschernobyl im Oktober und Dezember 1992 erfolgte ungeachtet der weiterbestehenden großen Sicherheitsbedenken und ließ erkennen, daß auf ukrainischer Seite keine grundsätzliche Neubewertung der Risiken der Kernenergie stattgefunden hat.

Energiewirtschaftlich und technisch ist die rasche und dauerhafte Abschaltung aller RBMK-Reaktoren möglich. Die Energie-Einsparpotentiale in Rußland, der Ukraine und Litauen sind, mit nach westlichen Schätzungen bis zu 40 % der erzeugten Energiemenge, wesentlich größer als der Kernenergieanteil von durchschnittlich etwa 15 %, auch wenn dieser regional sehr unterschiedlich verteilt ist. Es existieren enorme Einspar- und Rationalisierungspotentiale bei der Förderung, beim Transport, bei der Erzeugung und beim Verbrauch von Energie.

Tschernobyl beweist täglich die verfehlte und für ganz Europa mit hohen Risiken verbundene Kernenergiepolitik der ehemaligen UdSSR. Der Sarkophag über dem Katastrophen-Reaktor von Tschernobyl ist mittlerweile so brüchig, daß die Gesamtfläche der Risse im Betonmantel von offizieller ukrainischer Seite mit ca. 1 400 Quadratmetern angegeben wird.

Tschernobyl und die alarmierende Sicherheitssituation in den RBMK-Reaktoren Rußlands, der Ukraine und Litauens verlangen nach einer substantiellen Hilfe zur Selbsthilfe bei der Steigerung der Effizienz, beim Energieeinsparen sowie beim Auf- und Ausbau regenerativer Energien, anstatt ebenso teure wie schwer verifizier- und kontrollierbare „Nachrüstungsprogramme" für nicht substantiell „sicherer" zu machende Reaktoren aufzulegen, die schon auf mittlere Sicht nur sehr ungewisse Erfolgsaussichten besitzen. Die hier eingesetzten Mittel – darauf weisen Untersuchungen hin – wären weitaus produktiver und ökologisch wie ökonomisch sinnvoller einzusetzen, etwa in einem Sofortprogramm zur Ausbesserung und Instandsetzung des Gas- und Ölleitungssystems, in dem seit Jahren mehr Energie verlorengeht, als alle Atomkraftwerke der ehemaligen UdSSR produzieren können.

Eine wirklich verantwortungsvolle und zukunftsfähige Energiepolitik muß sich für die schnellstmögliche Stillegung der „tickenden Zeitbomben" der RBMK-Reaktoren in Rußland, in der Ukraine und in Litauen einsetzen und konkrete Initiativen zum Energieeinsparen, zur Effizienzsteigerung und zum Auf- und Ausbau nicht-nuklearer, umweltverträglicher Energiesysteme ergreifen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich unverzüglich in Verhandlungen mit Rußland, der Ukraine und Litauen intensiv für die schnellstmögliche Stilllegung der RBMK-Reaktoren in diesen Ländern einzusetzen und insbesonders gegenüber der Ukraine darauf hinzuwir-

ken, daß der Beschluß des ukrainischen Parlaments zum Ausstieg aus den RBMK-Reaktoren bis Ende 1993 und das Moratorium für noch nicht fertiggestellte KKW-Blöcke eingehalten wird;

2. bei der Vergabe neuer finanzieller Hilfsmittel an Rußland, die Ukraine und Litauen darauf hinzuwirken, daß die RBMK-Reaktoren dauerhaft stillgelegt werden;
3. zur Sicherstellung des für die Aufrechterhaltung der Sicherheitssysteme notwendigen Energiebedarfs bei einer Abschaltung der RBMK-Reaktoren eine Beteiligung beim Bau und bei der Finanzierung von kleinen Blockheizkraftwerken in Tschernobyl und den anderen RBMK-Standorten anzubieten;
4. keine Mittel zur Finanzierung von Investitionen in eine auf Dauerbetrieb ausgelegte Nachrüstung der RBMK-Reaktoren zur Verfügung zu stellen, sondern dafür mit finanziellen, technischen und logistischen Hilfsangeboten konkrete Initiativen zum Ressourcenschonen, zur Verbesserung der Gas- und Erdölleitungsnetze, zum Energieeinsparen, zur Effizienzsteigerung und zum Auf- und Ausbau nicht-nuklearer, umweltverträglicherer Energiesysteme zu ergreifen;
5. dafür Sorge zu tragen, daß die für Osteuropa und die Nachfolgestaaten der GUS vorgesehenen bi- und multilateral zur Verfügung stehenden Mittel zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken nur projekt- und zweckgebunden vergeben werden und die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel verläßlich kontrolliert wird, um zu verhindern, daß mit diesen Mitteln der Dauerbetrieb von RBMK-Reaktoren erreicht wird;
6. insbesonders die TACIS-Projekte daraufhin zu überprüfen, inwiefern durch sie Mittel für die sogenannte „Sichermachung" von substantiell nicht „sicher" zu machenden Reaktoren des RBMK-Typs bereitgestellt werden, wodurch das bestehende Risiko-System in nicht hinnehmbarer Weise fortgeschrieben würde, und gegebenenfalls auf eine korrigierende Umwidmung dieser Mittel hinzuwirken;
7. im Zusammenwirken mit der EG und internationalen Organisationen wie der Weltbank und den VN, aber auch bilateral, substantielle finanzielle und organisatorische Hilfen beim organisatorischen Aufbau der für Reaktorsicherheit zuständigen neuen unabhängigen Behörden anzubieten;
8. auf der Ebene der EG und unter Hinzuziehung der IAEO eine gemeinsame Sicherheitsüberprüfung der Kernkraftwerke in Rußland, in der Ukraine und in Litauen anzuregen;
9. zur mittel- und langfristigen Sicherstellung der Finanzierungs- und Planungssicherheit für den Aus- und Umstieg in der Energieversorgung und für die Modernisierung der Energiewirtschaft in Rußland, der Ukraine und Litauen ein Finanzierungskonzept auszuarbeiten, das sich an einem Modell der Refinanzierung über Energielieferungen orientiert.

Im Rahmen eines solchen Konzeptes könnten von internationalen Banken vorfinanzierte und an konkrete Projekte gebundene finanzielle, technische und logistische Hilfen zum Umbau des Energiesektors mittelfristig durch vertraglich fixierte Gas- und Öllieferungen abgesichert werden.

Bonn, den 22. April 1993

Dr. Klaus Kübler
Friedhelm Julius Beucher
Siegrun Klemmer
Dietmar Schütz
Brigitte Adler
Hermann Bachmaier
Holger Bartsch
Hans Berger
Lieselott Blunck (Uetersen)
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Ursula Burchardt
Marion Caspers-Merk
Peter Conradi
Dr. Marliese Dobberthien
Ludwig Eich
Lothar Fischer (Homburg)
Norbert Formanski
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Dr. Fritz Gautier
Dr. Liesel Hartenstein
Renate Jäger
Volker Jung (Düsseldorf)
Susanne Kastner
Horst Kubatschka
Robert Leidinger
Klaus Lennartz
Dr. Dietmar Matterne
Ulrike Mehl
Christian Müller (Zittau)
Jutta Müller (Völklingen)
Michael Müller (Düsseldorf)
Manfred Reimann
Peter W. Reuschenbach
Dr. Hermann Scheer
Otto Schily
Karl-Heinz Schröter
Ernst Schwanhold
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Hans Georg Wagner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Dr. Axel Wernitz
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 5300 Bonn 1, Telefon 91781-0
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551, Telefax (0228) 361275
ISSN 0722-8333